

Grube will mit Abriss bei Stuttgart 21 warten

Im Streit um das Bahnprojekt Stuttgart 21 ist Bahn-Chef Rüdiger Grube zu Kompromissen bereit. Es sei denkbar, mit dem Abriss des Südflügels bis nach der Volksabstimmung im Herbst zu warten. „Bedingung ist, dass uns finanziell und rechtlich keine Nachteile entstehen und das Projekt nicht weiter verzögert wird“, sagte Grube der „Süddeutschen Zeitung“. Das müsse ihm Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) verbindlich zusichern. Kretschmann hatte mehrfach davor gewarnt, den Südflügel vor der Volksabstimmung abzureißen. Von der Kombilösung, die Stuttgart-21-Schlichter Heiner Geißler Ende Juli ins Gespräch brachte, hält Grube aber nichts. Die Idee sei Anfang der 1990er-Jahre diskutiert und zu Recht verworfen worden. Stuttgart 21 sei dem Kombibahnhof städtebaulich, wirtschaftlich, ökologisch und verkehrlich überlegen. **DPA**

EU-Kommission klagt gegen Bundesregierung

Deutschland behindert nach Ansicht der EU-Kommission in bestimmten Fällen den Zugang von EU-Bürgern. Bisher dürfen direkte Verwandte ihrem Partner nur in Härtefällen nach Deutschland folgen. Homosexuelle Partner müssen zudem Deutschkenntnisse nachweisen. Auch bei der Ausweisung von EU-Bürgern sei Deutschland strenger, als es die EU-Vorschriften zuließen. Wegen der erschwerten Familienzusammenführung hat EU-Justizkommissarin Viviane Reding ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. Die Bundesregierung sei informiert, man führe einen „konstruktiven Dialog“. **DPA**



Am Ziel nach 1224 Kilometern

Schweißer haben am Donnerstag in Lubmin bei Greifswald die letzte Verbindungsschweißnaht zwischen der **Ostseepipeline Nord Stream** und der Festlandleitung OPAL geschlossen. Die vom russischen Wyborg 1224 Kilometer durch die Ostsee führende Gasleitung werde im letzten Quartal 2011 offiziell in Betrieb gehen, sagte der Projektleiter der Nord Stream AG, Georg Nowack. Derzeit laufen die letzten Tests. Der erste Strang der Ostseepipeline wird seit wenigen Tagen mit 1,5 Millionen Kubikmeter Stickstoff befüllt, um den letzten Sauerstoff aus der Leitung zu drücken, wie Nowack erklärte. Von September an soll die Leitung mit Erdgas befüllt werden. Ab Ende 2012 – mit der Fertigstellung eines zweiten Rohrstranges – soll sich die Kapazität der 7,4 Mrd. Euro teuren Ostseepipeline auf 55 Milliarden Kubikmeter Erdgas pro Jahr verdoppeln. Dann könnten 26 Millionen Haushalte mit Gas versorgt werden. **DPA**

Ein Doktor für gewisse Stunden

Weniger Arbeit, mehr Geld: Honorarärzte legen ihre Arbeitsbedingungen selbst fest. Davon profitieren auch die Krankenhäuser

Sarah Mühlberger, Berlin

David Kreber arbeitet nicht am Wochenende. Punkt. Er hat aber kein Problem mit Nachtschichten, und wo er operiert, ob in Hamburg oder Hoyerswerda, ist ihm nicht so wichtig. Kreber (Name geändert) muss sich auch gar nicht für einen Ort entscheiden, denn seit einem knappen Jahr arbeitet

er mal eine Woche hier, mal eine Woche dort: Kreber ist freiberuflicher Neurochirurg, ein sogenannter Honorararzt. Er hatte eine feste Stelle als Assistenzarzt, bis ihn ein befreundeter Honorararzt davon überzeugte, Überstunden und Stress gegen Freiheit und gute Bezahlung einzutauschen.

Seither hilft er dort aus, wo er gerade gebraucht wird – manchmal tageweise, bisweilen auch mehrere

Wochen lang. Bis auf ein paar Details seien eigentlich alle Kliniken gleich, sagt Kreber, er müsse immer nur zwei oder drei Feinheiten justieren. Dafür rattert er in jeder neuen Neurologie einen Fragenkatalog ab. Und auch die Bezahlung stimmt: Als Honorararzt kann der 40-jährige Mediziner endlich seine Bafög-Schulden abbezahlen. Seine Bedingungen sind deswegen nicht verhandelbar. „Die Kliniken sind nicht immer glücklich“, sagt er, „sie akzeptieren das aber“. Seinen richtigen Namen will Kreber nicht in der Zeitung lesen, es könnte hinderlich bei der künftigen Jobsuche sein.

Etwa 5500 Arztstellen seien in Deutschland unbesetzt, schätzt die Deutsche Krankenhausgesellschaft, der Marburger Bund geht sogar von 12 000 offenen Stellen aus. Und der Ärztemangel ist nicht mehr nur ein Problem ostdeutscher Provinzen – sie fehlen überall, auch im Westen.

Schon seit einigen Jahren füllen Honorarärzte diese Lücken. Selbst in Großstädten wie Berlin ist ihr Einsatz Alltag geworden. Ohne sie „wäre in vielen Kliniken kein ordnungsgemäßer Betrieb mehr möglich“, sagte Jörg-Dietrich Hoppe, damaliger Präsident der Bundesärztekammer (BÄK), schon 2009.

Eine Arbeitsgruppe der BÄK präsentierte Ende Mai 2011 erste Zahlen. Demnach arbeiten heute etwa 4000 bis 5000 Honorarärzte aller Fachrichtungen in Praxen, Krankenhäusern oder Rettungsdiensten – mehr als 60 Prozent aller medizinischen Einrichtungen greifen inzwischen auf sie zurück. Ihr Stundenlohn liegt zwi-

schen 25 und 120 Euro und damit oft doppelt so hoch wie der eines Festangestellten. Allerdings müssen sie sich selbst versichern, haben keinerlei Anspruch auf Urlaub und kein Einkommen, wenn sie krank werden. Andererseits: Nur die wenigsten Mediziner können ihre Konditionen so diktieren wie Honorarärzte.

Die Einsätze werden dabei von speziellen Arztagenturen vermittelt. Sie heißen Facharztagentur, Hire a Doc oder Doctorent. Der Arzt hinterlegt dort sein Profil, gibt an, in welchen Regionen er arbeiten möchte, wie hoch der Stundenlohn sein soll und erhält dann passende Angebote. Um den Papierkram und die spätere Abrechnung kümmern sich die Agenturen. Sie verlangen üppige Provisionen von den Kliniken oder Praxen, üblich sind zwischen acht und 20 Prozent des Honorars.

Bei den Einsätzen stießen die Honorarärzte allerdings immer wieder auf Skepsis, manchmal auch Ablehnung der festangestellten Kollegen, erzählt Nicolai Schäfer. Der Berliner Anästhesist hat 2008 den Bundesverband der Honorarärzte mitgegründet und hält ihre Situation in mancherlei Hinsicht für problematisch. Rechtlich liege ihre Arbeit in einer Grauzone, die Gefahr einer Scheinselbstständigkeit schwebte über jedem längeren Einsatz. Hinzu kommen Streitigkeiten um Rente, Haftpflicht und Arbeits-

recht. Der Verband will sich mit den Kliniken austauschen, doch die schweigen bisher weitgehend. Zu groß sei häufig die Sorge, dass der Eindruck entstünde, man habe Personalsorgen, sagt Schäfer. Im Ausland ist das längst anders: Dort sind Honorarärzte als unverzichtbarer Teil des Gesundheitswesens anerkannt.

Kreber findet, dass auch die Patienten davon profitieren, dass er seine Arbeitsbedingungen selbst bestimmt. „Heute bin ich einfach viel erholt“, sagt er. Ewig will der Neurochirurg allerdings nicht so weitermachen – denn einen Webfehler hat sein derzeitiges Lebensmodell. Zwar sei er, derzeit Single und ohne Kinder, gerade der optimale Kandidat für die Einsätze – „ein Privatleben ist aber damit fast unmöglich“.

Fordert Sicherheit für seine Zukunft: Nicolai Schäfer ist Chef des Bundesverbands der Honorarärzte



Mediziner rüsten für harte Tarifrunde

Ärztegewerkschaft verlangt weniger Bereitschaftsdienste und mehr Geld

Maike Rademaker, Berlin

Der Marburger Bund fordert für die rund 50 000 Ärzte an kommunalen Kliniken bessere Arbeitsbedingungen. Im Zentrum der neuen Tarifrunde stünden die Bereitschaftsdienste, sagte der Vorsitzende der Gewerkschaft, Rudolf Henke, am Donnerstag in Berlin: „Wir wollen, dass die Ärzte nicht mehr als vier Bereitschaftsdienste im Monat machen.“

Zusätzlich sollen diese Dienste besser bezahlt werden und das Grundgehalt um sechs Prozent steigen. Der Verband kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA) hat die Forderung als zu hoch zurückgewiesen. Die erste Verhandlungsrunde ist für den 13. September geplant.

Nach einer Umfrage des Marburger Bundes leisten rund die Hälfte aller Ärzte an den kommunalen Kliniken mehr als fünf Bereitschaftsdienste im Monat, manche über zehn. Die Ärzte können mit solchen Bereit-

schaftsdiensten zu maximal 24 Stunden Arbeitszeit am Stück verpflichtet werden. Auch aus diesem Grund haben die Kliniken zunehmend Schwierigkeiten, gutes Personal zu finden.

Die Gewerkschaft fordert, dass die Dienste zudem mindestens einen Monat im Voraus angekündigt und verbindlich eingeplant werden – kurzfristig anberaumte Bereitschaftsdienste sollen sonst besser bezahlt werden. „Der Bereitschaftsdienst darf nicht die billige Variante der Regelarbeitszeit sein“, sagte Henke. Weniger Bereitschaftsdienste und weniger Flexibilität würde allerdings bedeuten, dass an manchen Kliniken mehr Ärzte eingestellt werden müssen – und das bei ohnehin klammen Kassen und mancherorts akutem Ärztemangel.

Entsprechend harsch lehnte die VKA am Donnerstag die Forderung der Ärzteorganisation ab. Sie summierten sich auf ein Gehaltsplus von insgesamt 9,5 Prozent und damit 350 Mio. Euro Mehrausgaben, hat man bei den Kommunen ausgerech-

net. „Die Forderungen sind nicht finanzierbar“, sagte Manfred Hoffmann, Hauptgeschäftsführer der VKA.

Hinzu kommt: Im vergangenen Jahr hat der Marburger Bund bereits bei Gehalt und Bereitschaftsdiensten ein kräftiges Plus errungen. Nach dreiwöchigen Streiks, für die Tausende Eingriffe verschoben werden mussten, wurde ein Lohnplus von zwei Prozent für die Ärzte vereinbart. Die Bezahlung der Bereitschaftsdienste stieg je nach Qualifikation der Ärzte um mindestens fünf, maximal um zwölf Prozent, und es wurde ein Zuschlag für Nachtarbeit vereinbart.

Schnelle Verhandlungen dürfte es deswegen nicht geben. Einen Vorgesmack auf die Verhandlungen liefern die Auseinandersetzungen auf Länderebene: Hier fordert der Marburger Bund für 20 000 Ärzte an Universitätskliniken fünf Prozent mehr Lohn. Die Verhandlungen laufen seit Anfang Juni. Nun wollen die Tarifpartner nach einer Unterbrechung am 7. September erneut verhandeln.






LIVE WELTMEISTERLICH
IAAF LEICHTATHLETIK WM 2011 IN DAEGU

Die schnellsten Männer und Frauen der Welt und
Deutschlands beste Reporter **Sigi Heinrich & Dirk Thiele**

LIVE BEI   

EUROSPORTPLAYER.DE